

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wochenspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorkaufpreis: Die einseitige Zeile ober dem Raum 18 Pf., bis Restamende 45 Pf.

Nummer 131

Altensteig, Mittwoch den 8. Juni 1932

65. Jahrgang

### Die deutsche Delegation für Lausanne

**Noch keine endgültigen Dispositionen des Reichsanzlers**  
Berlin, 7. Juni. Die deutsche Delegation für die Lausanner Konferenz wird voraussichtlich am Dienstag die Reise nach der Schweiz antreten. Ihre Zusammenfassung steht entgegen anderslautenden Meldungen noch nicht in allen Einzelheiten fest. Es dürften an ihr teilnehmen: Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und Staatssekretär Dr. von Bülow, Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk, Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold und Staatssekretär Dr. Trendelenburg. Dagegen hat Reichsanzler von Papen über seine Teilnahme an der Konferenz noch keine endgültigen Dispositionen getroffen. Ebenso ist auch noch nicht entschieden, ob der neue Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. von Kauffmann, nach Lausanne geht. Fest steht bisher nur, daß Regierungsrat Dr. Wingen sich von Genf, wo er zur Zeit an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz teilnimmt, nach Lausanne begibt. Im übrigen wird die deutsche Delegation in Lausanne im Savoyhotel Wohnung nehmen.

### Regierungsverklärung in Frankreich

Herriot vor der Kammer

Paris, 7. Juni. Die Erklärung des neugewählten Präsidenten der Republik, Lebrun, die während der Sitzungen in Kammer und Senat verlesen wurde, weist zunächst auf das Attentat gegen Präsident Doumer hin, das das Weltgewissen einstimmig verurteilt habe. Lebrun erklärte, er werde die vitalen Interessen des Vaterlandes wahrnehmen.  
In der Regierungsverklärung, die Ministerpräsident Herriot in der Kammer und Justizminister Renoauli im Senat verlas, heißt es: Außenpolitisch wird sich die Regierung von der so dringlichen Notwendigkeit der allgemeinen Organisation des Friedens in Europa und der ganzen Welt leiten lassen. Sie wird alles tun, was von ihr abhängt, um zu einer Politik der Entspannung, einer wirtschaftlichen Entente und der moralischen Abrüstung beizutragen. Bezüglich der Reparationen könne sich Frankreich keine Rechte aus den Verträgen streiten lassen, die durch die Ehre der Unterschriften geschützt seien. Die Welt würde, wenn sie dem Einfluß des Rechtes entzogen würde, wieder unter den Einfluß der Gewalt geraten. Im übrigen sei die französische Regierung bereit, über jeden Plan zu beraten oder jede Initiative zu ergreifen, die einer größeren Stabilität in der Welt oder der Wiederausöhnung dienen könnten. Die französische Regierung sei allen Lösungen oder Teillösungen günstig gesinnt, die im Laufe der Genfer Besprechungen und nach einem lokalen Ausgleich der Rüstungen ohne Gefährdung der nationalen Sicherheit Erleichterung der Militärlasten gestatten und einen Schritt auf die allmähliche, gleichzeitige, kontrollierte Abrüstung hin darstellen würden. Schon jetzt werde die Regierung, um sich diesem Bemühen anzuschließen, alle nur möglichen Einsparungen vorzunehmen. Frankreich strebe dem Ende so zahlreicher Kämpfe nicht gleichgültig gegenüber. Die Welt sei in Unordnung. Ein starker Wille könne wenigstens die moralischen Beziehungen befestigen und so die Wirtschaftskrise mildern, indem das Mißtrauen und die Not zurückgebrochen würden. In diesem Wert sei die französische Regierung bereit.

Paris, 7. Juni. Die Sitzung wurde eingeleitet durch die protokolllarische übliche Ansprache des Kammerpräsidenten. Als dieser in seiner Ansprache dem Gedanken beizutreten und seiner Tätigkeit im Interesse des Friedens Ausführenden widmete, beklagte alle Abgeordneten mit Ausnahme der äußersten Rechten und der Kommunisten ihre Zustimmung. Auch die Beschlüsse des neuen Präsidenten der Republik fand Beifall.  
Die Regierungsverklärung Herriot's kann als eine außerordentlich geschickte Kundgebung, mit der das neue Kabinett seine politische Tätigkeit beginnt, bezeichnet werden. Aufmerksamkeit erregten die Stellen, die auf den Ernst der Wirtschaftslage hinwiesen, und mit freudigem Beifall wurde die Ankündigung aufgenommen, die Pläne aus der gegenwärtigen Lage zu ziehen. Im innerpolitischen Teil der Regierungsverklärung fällt das außerordentlich starke Entgegenkommen an die Grundzüge der Sozialisten auf, so die Ankündigung, daß die Arbeitslosenunterstützung in Zukunft über 100 Tage hinaus gewährt werden soll, ferner, daß auch die Kurzarbeiter unterstützt werden sollen und schließlich die Ankündigung des weiteren Ausbaues des unentgeltlichen Unterrichtes.  
Als Herriot seine Darlegungen über die Außenpolitik begann, sprach er in feierlichem Ton, jedes Wort unterstreichend. Die Erwähnung der unveräußerlichen Rechte Frankreichs auf Reparationen wurde von der gesamten Kammer, auch von Tardieu selbst, mit Beifall aufgenommen.  
Als erster Redner beendete der Linksrepublikaner Besson seine Interpellation. Er vertrat den Standpunkt, daß das Programm der neuen Regierung in wirtschaftlicher Hinsicht nicht ausreiche. Er entwickelte seine Friedenspolitik, die auf der deutsch-französischen Annäherung und auf den Zollbarrieren aufzubauen sei und sprach die Hoffnung, die Regierung möge die früheren Prophezeiungen Herriot's wahrnehmen, daß Frankreich eines Tages der Welt den Frieden erklären wird.

### Was spielt in Preußen?

**v. Papen erbittet früheren Landtagszusammentritt**  
Berlin, 7. Juni. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, ist beim Präsidenten des Preussischen Landtags am Dienstag ein Schreiben des Reichsanzlers von Papen eingegangen, worin der Landtagspräsident gebeten wird, das Plenum des Preussischen Landtages, das nach den bisherigen Dispositionen am 22. Juni wieder zusammentreten sollte, auf einen früheren Termin einzuberufen. Der Landtag soll dann den Versuch unternehmen, anstelle des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Dr. Brauns ordnungsgemäß die Wahl des neuen Ministerpräsidenten durchzuführen. Es ist anzunehmen, daß das Landtagspräsidium dem Wunsch des Reichsanzlers entsprechen wird. Dem Nachrichtenbüro des V.d.Z. wird in preussisch-politischen Kreisen erklärt, daß auch beim Scheitern einer Wahl des Ministerpräsidenten nach Ansicht preussisch-politischer Kreise nicht die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars gegeben seien. Man betont u. a., daß in Bayern bereits seit dem 8. August 1930 eine geschäftsführende Regierung amtierte, und daß auch in Sachsen, Hessen und anderen Ländern geschäftsführende Kabinette am Ruder sind. Man könne nicht Preußen für etwaige Finanzschwierigkeiten verantwortlich machen, die deshalb vielleicht entstanden, weil das Reich jetzt die 100 Millionen RM nicht zahlen wolle, für die Preußen seine Siedlungsanteile an das Reich abgegeben habe.

### Finanzverhandlungen zwischen Preußen und Reich

Berlin, 7. Juni. Die Besprechungen beim Reichsanzler von Papen mit den Vertretern der preussischen Staatsregierung über die Uebertragung von 100 Millionen RM. an Preußen aus Anlaß der Ueberweisung der Siedlungsanteile stattfanden, haben kein positives Ergebnis für Preußen gehabt. Es hat sich herausgestellt, daß das Reich im Augenblick diese 100 Millionen RM. an Preußen nicht übereignen kann, womit im preussischen Haushaltsplan von 1932 ein ungeheurer Fehlbetrag von 100 Millionen RM. zusätzlich eines kleineren, sonst noch bestehenden Defizits entstanden ist.

troffen worden, und zwar im Zusammenhang mit der vom Kabinett Brüning vorgenommenen Umlegung des Beginns des Etatjahres auf den 1. Juli. Die Ersparnismaßnahmen, die in der Mitteilung über die heutige Kabinettsitzung angekündigt worden sind, beziehen sich auf sachliche Ausgaben, d. h. also, daß Gehaltskürzungen nicht beabsichtigt sind. Ob es doch zur Einführung einer Beschäftigtensteuer kommt, ist offenbar noch nicht ganz genau geklärt. Ein wesentlicher Teil der Ersparnismaßnahmen bezieht auf die Kapitel, die unter den Begriff Vermögensgesetz zusammengefaßt werden und die im ganzen die Summe von 3,018 Milliarden ergeben. Auf diesem Gebiet sind anscheinend weitere Abstriche geplant. Zum größten Teil dürfte es sich aber darum handeln, andere Deckungsmöglichkeiten zu suchen. Im einzelnen ist die Verwirklichung dieser neuen Ideen den Kabinettsberatungen der nächsten Tage vorbehalten. Unsicher kann aber schon jetzt angenommen werden, daß eine Zusammenlegung der drei verschiedenen Arten der Arbeitslosenhilfe nicht in Frage kommt.

### Entscheidung über Landtagseinberufung am Freitag

Berlin, 7. Juni. Landtagspräsident Kerl hat den Vorkonferenzrat des Preussischen Landtags für Freitag, den 10. Juni, einberufen. In dieser Sitzung soll die Entscheidung über eine etwaige frühere Einberufung des Landtages gefällt werden.

### Stellungnahme der Nationalsozialisten zur Ministerpräsidentenwahl in Preußen

Berlin, 7. Juni. Auf Rückfrage bei den Fraktionsvorsitzenden der Nationalsozialisten, Abg. Kube, ist der preussische Pressedienst der NSDAP. ermächtigt, zu erklären, daß für die Nationalsozialisten nur die Kandidatur eines Nationalsozialisten zum Ministerpräsidenten in Frage kommt. Die Nationalsozialisten lehnen es ab, ihre Stimme für irgend einen anderen Kandidaten abzugeben, da sie der Auffassung sind, daß der Willensbildung des Volkes Rechnung getragen werden muß und die stärkste Partei den Ministerpräsidenten zu stellen hat. Weiter wird erklärt, daß die Nationalsozialisten auch für keinen deutsch-nationalen Ministerpräsidenten stimmen würden.

### Notverordnung über den preussischen Etat?

Berlin, 7. Juni. Am Dienstag begannen, wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. hört, beim Reichsanzler von Papen die Verhandlungen mit Preußen über die Ueberweisung jener 100 Millionen RM. vom Reich an Preußen, die seinerzeit Preußen für die Ueberantwortung seiner Siedlungsanteile an das Reich zugesagt worden waren. Auf preussischer Seite sind an den Verhandlungen der stellv. Ministerpräsident Dr. Hirtfelder, Finanzminister Klepper, Innenminister Seevering und andere Ressorts vertreten. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es im wesentlichen abhängen, ob der preussische Etat für 1932 durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden kann. Sollte die Summe bewilligt werden, dann ist die Verhängung des Etats durch Notverordnung noch für heute zu erwarten.

### Grundsätzliche Beschlüsse des Reichskabinetts

Beratungen über das Siedlungswesen

Berlin, 7. Juni. Das Reichskabinett faßte heute grundsätzliche Beschlüsse über die Sicherung der Reichsfinanzen. Die Reichsressorts wurden angewiesen, weitere Ersparnisse für den Reichshaushalt 1932 noch über den bereits vorliegenden Haushaltsplan hinaus anzumelden. Ferner setzte das Reichskabinett u. a. die Beratungen über das ländliche Siedlungswesen fort, das durch Beschluß vom 3. 6. 32 dem Reichsernährungsminister zugewiesen wurde.

### Die Finanzberatungen der Reichsregierung

Berlin, 8. Juni. Zu der gestrigen Kabinettsitzung ergaben wir ergänzend, daß die neue Notverordnung der Reichsregierung voraussichtlich in der ersten Hälfte der nächsten Woche herauskommen wird. Praktisch handelt es sich dabei um zwei Notverordnungen, nämlich einmal um den Etat, zum anderen um die Maßnahmen zur Sicherung der Finanzen, denen gleichzeitig eine Verordnung über die öffentliche Ordnung und Sicherheit angefügt werden wird. Der Etat erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli bis 1. April, also auf neun Monate. Bekanntlich ist für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni d. J. bereits eine Regelung ge-

### Samstag Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin

Berlin, 7. Juni. Wie wir erfahren, sind die Ministerpräsidenten der Länder auf Samstagvormittag zu einer Konferenz bei der Reichsregierung nach Berlin eingeladen worden. Es ist wohl anzunehmen, daß der Reichsanzler sich bei dieser Gelegenheit den führenden Vertretern der Länder vorstellen will und darüber hinaus die aktuellen innerpolitischen Fragen zur Sprache kommen werden.

### „Wie Brüning ging“

Die „Münchener Zeitung“ veröffentlicht eine Darstellung der Begleitumstände des Kanzlerwechsels aus Kreisen, die insofern ihrer persönlichen Fühlungnahme mit dem Reichspräsidenten zuverlässig unterrichtet sein müssen. Der Sachverhalt wird folgendermaßen geschildert:  
„Als der Reichspräsident nach Berlin zurückkehrte, lag die Entscheidung des Oberreichsanwalts in der Angelegenheit des Vorwurfs des Landesverrats gegen die SA. der Nationalsozialistischen Partei vor.  
Diese Entscheidung des Oberreichsanwalts aus Hindenburg sehr nahe, weil er sich durch den nicht genügend oder nicht richtig begründeten Vorschlag des Reichsinnenministers Brüning zur Auflösung der SA. weniger Tage nach seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten in einer Weise bloßstellen sah, die ihm für den Inhaber des Amtes als Reichspräsidenten fast unerträglich schien.  
Als der Reichsanzler Dr. Brüning beim Reichspräsidenten zum Vortrag erschien, erklärte ihm Reichspräsident von Hindenburg



burg, daß Herr Gröner auch als Reichsinnenminister zu verschwinden habe, jedenfalls wolle er, der Reichspräsident, unter keinen Umständen mehr von Gröner bedient werden. Es sei unverantwortlich und die Würde und die Autorität des Reichspräsidenten auf das schwerste schädigend, daß man das Staatsoberhaupt in diese Situation gebracht habe, sich vom Obersten deutschen Gerichtsdal beiseite zu lassen, das Verbot der SA. sei auf einer unhaltbaren Remisgrundlage erfolgt. Der Reichspräsident äußerte den dringenden Wunsch, daß an der Zusammenziehung des Kabinetts Brüning auch hinsichtlich der Person des Herrn Gröner vor der Zusammenkunft nichts mehr geändert werden solle, doch lehnte er Herrn Gröner für die Zukunft als Innenminister ab.

Reichsminister Dr. Brüning habe darauf erklärt, Herr Gröner sei zwar der verantwortliche Fachminister, aber auch er, der Reichsminister, sei mindestens formell mitverantwortlich für das Verbot der SA. Er müsse daher nach Rücksprache mit dem Kabinett aus der Haltung des Reichspräsidenten die Konsequenzen ziehen, um so mehr, als es ihm den Eindruck mache, es ob er überhaupt nicht mehr in der früheren Weise das Vertrauen des Reichspräsidenten besitze.

Auf diese Weise wurde ein plötzlicher Regierungswechsel, der gar nicht in der Absicht des Reichspräsidenten lag, zwingend."

### Keine Einigung über die Angriffswaffen

Genf, 7. Juni. Der Vordrängungsausschuss der Abrüstungskonferenz hat seine fünfjährige Beratung mit der Annahme eines Berichts abgeschlossen, der dem Hauptauschuss der Konferenz zugehen wird. Wie bei den Seetrüstungsfragen zeigt auch dieser Bericht, daß auf keinem der behandelten Gebiete nur einigermassen eine Übereinstimmung unter den verschiedenen Delegationen zu erzielen war. Man hat zwar in allgemein gehaltenen Wendungen zugegeben, daß die schwersten Geschütze und Tanks unter die vom Hauptauschuss der Konferenz angegebenen Kriterien fallen, sich aber ängstlich gehütet, innerhalb der einzelnen Waffenkategorien diejenigen Geschütze, Kaliber usw. genau anzugeben, die von der qualitativen Abrüstung erfasst werden müssen. Die deutsche Delegation hat an den Arbeiten des Ausschusses teilgenommen und dabei nachdrücklich in allen Phasen der Verhandlungen geltend gemacht, daß der Versailles Vertrag auch für die Behandlung dieser Fragen das praktische Vorbild abgeben muß. Dabei hat sie besonders in der Frage der Kampfwagen wiederholt Unterstützung bei den anderen Delegationen gefunden. Bei den Geschützen hatte sich die Mehrheit des Ausschusses für größere Kaliber, als sie im Versailles Vertrag enthalten sind, entschieden. Besonders bemerkenswert ist, daß die französische Delegation sich auf dem bei der modernen Technik ganz unhaltbaren Standpunkt gestellt hat, daß Festungen überhaupt keinen Angriffscharakter hätten.

### Die Arbeiten des Luftauschusses in Genf

Deutschland, Italien und die Sowjetunion lehnen weitere Mitarbeit ab

Genf, 7. Juni. Der Luftfahrt-Ausschuss der Abrüstungskonferenz hat seine Arbeiten abgeschlossen. Er wird morgen zu seiner letzten Sitzung zusammentreten, um dem Bericht an den Hauptauschuss die endgültige Fassung zu geben. Dienstag vormittag beschloß er sich abschließend mit dem französischen Franchon, zu dem ein Unterausschuss in einem besonderen Gutachten Stellung genommen hat. Es handelte sich bei den heutigen Verhandlungen hauptsächlich darum, ob diese in dem Gutachten vorgeschlagenen Bestimmungen des französischen Franchons von dem Luftfahrt-Ausschuss angenommen und in den Gesamtbericht aufgenommen werden soll. Der Vertreter Italiens, General Picco, sprach sich sehr scharf gegen diesen Bericht aus. Er wies nach, daß nach diesem Bericht es nicht möglich sein werde, eine Demarkationslinie zur Bestimmung solcher Flugzeuge, die verboten werden sollen, und solcher, die beibehalten werden sollen, zu ziehen. Der deutsche Vertreter schloß sich den Ausführungen an. Gegen die Annahme stimmten außer Deutschland noch zehn Staaten, darunter Italien, Rußland und China, 23 Staaten, darunter Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und England, stimmten dafür. Als man nach der Abstimmung in die Einzelberatung der Antwort auf den französischen Franchon eintrat, erklärte der deutsche Vertreter gemäß der grundsätzlichen Haltung, die die deutsche Delegation im Luftfahrt-Ausschuss eingenommen hat, daß er gegen den Gesamtbericht sei und die weitere Mitarbeit an diesem Teilbericht ablehne. Dasselbe erklärten die Vertreter Rußlands und Italiens.

### Die neue amerikanische Steuervorlage

Washington, 7. Juni. Der Ertrag der Steuervorlage, der der Senat zustimmt, wird auf etwas über 1 Milliarde Dollar geschätzt. Sie bringt die von Hoover geforderte Ausgleichung des neuen Etats, der am 1. Juli beginnt, einen bedeutenden Schritt näher. Hoover unterzeichnete die Steuervorlage, so daß das Gesetz zwei Wochen später in Kraft tritt. Die in die Steuervorlage hineingetragenen Fülle an Kupfer, Petroleum, Kohle und Holz gelten wie alle übrigen Bestimmungen der Novelle nur bis zum 1. Juli 1934. Man nimmt an, daß in der nächsten Session, wenn die Hochschulzulassung eine Verlängerung der Laufzeit verlangen, damit das Signal zu einer allgemeinen Revision des Zollgesetzes gegeben wird. Die neuen Zollsätze können, da sie nicht im Zollgesetz stehen, während der Geltungsdauer der Novelle nicht vom Präsidenten erhöht oder herabgesetzt werden. Diese und andere Bestimmungen riefen starke Proteste zahlreicher Parlamentarier hervor. Insbesondere die in letzter Minute eingelegte Einführung eines Prozentigen Zolls auf alle Rechnungen für elektrischen Strom, wurde als unzulässig scharf angegriffen. Man zog aber eine Annahme der Novelle der Aussicht auf monatlichen erbitterten Kampf um einzelne Punkte vor, da der Kongress nunmehr seit Dezember täglich etwa zehnständig tagt und sehr abgelenkt ist. Auch das Sparprogramm zur Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben dürfte baldigst verabschiedet werden. Man hofft, die Ende Juni die Session schließen zu können. Dann beginnt der demokratische Parteikonvent in Chicago und damit der eigentliche Wahlkampf. Man vermeidet es daher, kritische Fragen, wie den Beitrag zum Weltgerichtshof und der Prohibition, anzuschneiden. Auch in der Frage der Arbeitsbeschaffung für Industriearbeiter haben Senatoren Wagner und Robinson ihre weitgehenden Pläne zurückgestellt und werden sich mit 300 Millionen Dollar Anleihen an die Einzelstaaten begnügen.

## Württembergischer Landtag

Die Finanzlage des Staats

Stuttgart, 7. Juni. In der Sitzung des Landtags am Dienstag wurden durch den Regierungskommissar, Oberregierungsrat Walter, vier kleine Anfragen beantwortet, worauf der Abg. Reil (S.) unter großer Beiläufigkeit beantragte, den nationalsozialistischen Antrag, bei der Reichsregierung sofort härtesten Einspruch gegen die geplanten neuen Notenerordnungen der Reichsregierung zu erheben, auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Der Abg. Kurr (NS.) erwiderte, der Abg. Reil scheine nichts davon gemerkt zu haben, daß seit 8 Tagen andere Verhältnisse im Reich beständen und so den Antrag, der gegen die Regierung Brüning gerichtet war, zurück. Ingeheim wurde einem Antrag fast aller Parteien, in den Etat für 1932 für die Beschäftigung von Beamten-Praktikanten 300 000 RM einzulegen. Dann wurde die Ausdrucksfrage zu der Großen Zentrumsanfrage betr. die Lage der Staatsfinanzen fortgesetzt. Der Abg. Andre (S.) anerkannte gerne, daß der Finanzminister seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat, erinnerte aber daran, daß Dr. Dehlinger in der Zentrumskraktion für seine Finanzpolitik eine bessere Stütze hatte als in der Fraktion der Deutschnationalen. Der Redner betonte, daß die vorliegenden 80 Anträge eine Mehrausgabe von 20 Millionen verursachen würden und polemisierte dann gegen die Nationalsozialisten, deren Gemeinnutz nicht zur Freiheit, sondern zur Knechtung führen würde. Das Zentrum habe immer den Kampf um Deutschlands Befreiung geführt, jetzt befinde man im Reich ein Kabinett der politischen Quacksalber. (Der Präsident rief diesen Ausbruch.) Von der würt. Regierung müsse man einen starken Schutz der Lebensrechte des schaffenden Volkes erwarten. Der Abg. Köhler (K.) bezeichnete die Zentrumsanfrage als ein Entlassungsmandat für die Regierung und als ein abgekartetes Spiel. Nur die kommunistische Partei sei der Arbeiterschaft den richtigen Weg. Es sprach dann noch der Abg. Kling (NSD.), worauf die Weiterberatung auf Mittwoch vormittag vertagt wurde.

### Neues vom Tage

**Abchiedsempfang Dr. Brüning beim Reichspräsidenten**  
Berlin, 7. Juni. Reichspräsident von Hindenburg empfing am Dienstag den hiesigen Reichsminister Dr. Brüning zur Verabschiedung.

**Graf Westarp kandidiert nicht für den Reichstag**  
Berlin, 7. Juni. Graf Westarp teilt mit, daß er nicht beabsichtigt, bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu kandidieren. Infolgedessen habe er sich an vorbereitenden Verhandlungen nicht beteiligt.

**Die Stellung der NSDAP. zur Regierung von Japan**  
München, 7. Juni. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt über die Haltung der NSDAP. zur Regierung von Japan: Dieses Kabinett sei nicht von der NSDAP. gebildet; die NSDAP. werde auch das neue Kabinett nach seinen Taten beurteilen. Bei der Reichstagswahl könne nicht abgeurteilt werden über die Taten einer Regierung, deren Arbeit kaum begonnen und die dieses Volksgericht lediglich verfassungsmäßig ermöglicht habe. Was nach diesem Volksgericht zu geschehen habe, werde Sache derjenigen sein, die durch Vertrauen des Volkes zur Führung berufen werden.

**Entscheidung des Haager Gerichtshofes im französisch-schweizerischen Zonenstreit**  
 Haag, 7. Juni. Der Ständige Internationale Gerichtshof hat seine Entscheidung in dem zwischen Frankreich und der Schweiz wegen der Freizonen von Oberbooden und des Landes Geg enthandelnden Streitfall, der den Gerichtshof schon wiederholt beschäftigt, bekanntgegeben. Mit 6 gegen 5 Stimmen hat der Gerichtshof entschieden, daß diese Freizonen, in den Jahren 1816 und 1816 geschaffen, jedoch im Jahre 1923 durch eine einseitige Handlung Frankreichs wieder aufgehoben wurden, aufrecht erhalten bleiben müßten. Frankreich muß daher seine Zollgrenzen wieder zurückverlegen und zwar vor dem 1. Januar 1934. Die fünf Richter, deren Ansichten mit denen der Mehrheit nicht übereinstimmen, sind Altamira-Spanien, Lord Cecil Hurst-England, Regulescu-Rumänien, Jovanowitsch-Südslawien und Dreyfus-Frankreich.

**Zusammenstoß des Schnellzuges Warna-Sofia**  
Budapest, 7. Juni. Wie Aj Gt aus Sofia erzählt, stieß der Schnellzug Warna-Sofia bei der Durchfahrt durch die Station Michali mit einer Rangierlokomotive zusammen. Fünf Personen wurden zertrümmert und beide Lokomotiven vollständig zerstört. Von den Reisenden erlitten sieben schwere und zwanzig Passagiere und Bahnbearbeiter leichtere Verletzungen. Der Stationsbesitzer vom Dienst wurde verhaftet, weil sich herausgestellt hatte, daß seine Fahrlässigkeit den Zusammenstoß verursacht hatte.

**Beginn des Hamburger Zuckerversteigerungsprozesses**  
Hamburg, 7. Juni. Vor der Großen Strafkammer des Landgerichtes begann heute der große Hamburger Zuckerversteigerungsprozess. Die Klasse wird den 15 Beschuldigten Betrügerelien und Zuckerversteigerungsbeihilfen in artem Umfang, Kontursverbrechen, Urkundenfälschung und anderes vor. Der Gesamtbesitz der Beschuldigten, zahlreicher Raffinerien und Banken soll über 10 Millionen Reichsmark betragen.

**Auflösung des philippinischen Parlamentes**  
Balparaiso, 7. Juni. Der philippinische Kongress (Senat und Abgeordnetenkammer) ist von der neuen Regierung aufgelöst worden mit der Begründung, daß es der Proletariat nicht vertrete. Die ausländischen Konsulate in Balparaiso, die durch die Maßnahmen der neuen Regierung beunruhigt sind, haben eine Versammlung zur Prüfung der Lage einberufen. Wie Hayes berichtet, hat der Finanzminister erklärt, daß die Banken von dem neuen Regime nichts zu befürchten hätten. Da aber zahlreiche Personen ihre Guthaben abzuziehen suchten, und dies zum Teil schon getan haben, hat die Regierung eine Verordnung erlassen, die die Schließung der Banken auf drei Tage vertagt.

## Aus Stadt und Land

Altenteig, den 8. Juni 1932.

**Wo bleiben die Bierpfennigstücke?** In der letzten Zeit ist häufig die Frage aufgetaucht, wo eigentlich die Bierpfennigstücke geblieben sind, von denen Anfang des Jahres zwei Millionen Reichsmark in Auftrag gegeben wurden, damit so durch die Schaffung dieser neuen Scheidemünze die Bestrebungen des Preisabbaues gefördert würden. Es fiel allgemein auf, daß man nur äußerst selten ein derartiges Bierpfennigstück in die Hände bekam und sich der Zahlungsverkehr allgemein ohne diese neue Münze entwickelt. Eine Nachfrage bei der zuständigen Stelle der Reichsbank hat jetzt die überraschende Feststellung gezeitigt, daß das fast völlige Verschwinden des Bierpfennigstücks darauf zurückzuführen ist, daß in der Geschäftswelt und beim Publikum die neue Münze unbeliebt ist und von der Kasse der Reichsbank überhaupt keine Bierpfennigstücke verlangt werden. Bei der Reichsbank lagern für über eine halbe Million Reichsmark Bierpfennigstücke, also beträchtliche Sätze oder genau gerechnet fünfzehn Millionen Stück. Ein gleich großer Betrag befindet sich in Händen des Publikums, das wohl in den meisten Fällen die ersten Stücke als Karität aufgehoben hat.

**Verpätet eingetroffen.** Die auf letzten Samstagmittag 3, 5 und 8.30 Uhr angekündigten Kulturfilmvorführungen „Große Menschen“, „Kunstturnen“, „Es wächst ein Geißel“, konnten infolge verspäteten Eintreffens der Filme leider nicht gehalten werden. Den Turnverein trifft keine Schuld, umso mehr die Filmstelle „Berlin“, die den Film entgegen der Auftragsbestätigung erst am Freitag nacht per Bahnexpress zum Versand brachte u. der Samstag nacht hier einlief. Am kommenden Samstag, 11. Juni, nachmittags 3, 5 und 8.30 Uhr werden die Filme nun bestimmt vorgeführt werden. Die auf gestern Abend im „Grünen Baum“ angelegte Probenvorführung übertraf die Erwartungen in jeder Hinsicht und so ist zu hoffen, daß die Filme am Samstag trotz der Verpätung und kleinen Mißstimmung, begeisterte Aufnahme finden werden.

**Vom Oberamtsbezirk Calw.** Das Oberamt macht bekannt: (Jagdpolizei auf dem Gemeindegelände Aichhalden.) Dem Friedrich Kern (H. in Simmersfeld D.A. Ragold, Privatjagdschutzhüter des Pächters der Gemeindegelände Aichhalden, Forstmeister Köhm in Dietzheim, ist die Handhabung der Jagdpolitik und der polizeilichen Aufsicht über den Vogelschutz in dem Gemeindegelände Aichhalden für die Dauer des Jagdpachtvertrags (bis 31. März 1934) in stets widerruflicher Weise übertragen worden.

**Defensivfront.** 6. Juni. Vom Unglück überrascht wurde die Familie des Fr. L. u. h. Alt-Schultheißen S. Als sie am letzten Samstag vom Feld heimkehrte, fand man zwei Stück Vieh, ein Kind und eine Kuh, bereits erschickt vor. Die Tiere waren übereinandergefallen.

**Freudenstadt, 7. Juni.** (Fahrraddiebstahl.) Seit etwa vierzehn Tagen ist hier ein auffälliges Zunehmen der Fahrraddiebstähle zu beobachten. Als Täter kommen durchweg Auswärtige in Frage und zwar sog. Wanderer. Die Fahrraddiebstahler, die sich vor Schaden bewahren wollen, tun gut, ihre Räder besser zu verwahren (Sicherheitskloß an das Hinterrad!) und dann sich vor allem auf die Marke und Nummer ihres Rades zu merken, d. h. sicher aufzuschreiben. Denn die Fahrgänge nach einem gestohlenen Rad, von dem der rechtmäßige Eigentümer, wie es oft vorkommt, weder Marke noch Nummer angeben kann, ist fast aussichtslos; dagegen ist es z. B. nützlich vorgekommen, daß nach einem Jahr ein gestohlenes Fahrrad, von dem die Polizei Marke und Nummer wußte, beigebracht werden konnte. — Es gibt aber auch herrenlose Fahrräder. So ist bei der städtischen Polizei am 1. Juni ein schon acht Tage früher gefundenes, fast noch neues Herrenfahrrad, Marke Weiskner, Nr. 522, 177, mit Gepäckträger auf dem Hinterrad und elektrischer Beleuchtung, abgegeben worden, um das noch niemand meldete.

**Calmbach, 6. Juni.** Zum 25. Male jährte sich der Tag, an dem die bis weit über Württemberg hinaus bekannte Volksheilstätte Charlottenhöhe bei Calmbach ihre Tore zum Wohle der Allgemeinheit geöffnet und trotz Kriego, Krisen- und Notzeiten ohne einen Tag Unterbrechung offen gehalten hat. Rund 10 000 Patienten haben während dieser 25 Jahre Gesundheit oder Linderung von schweren Leiden auf Charlottenhöhe gesucht.

**Höfen a. G., 6. Juni.** Am vergangenen Samstag konnte das Richtfest der Turnhalle gefeiert werden, die Turnverein, Sängerbund und Musikverein gemeinsam bauen. Die neue Turnhalle steht auf dem Turn- und Spielplatz im unteren Dorf, nahe der Eng. Der Turnraum hat eine Grundfläche von 170 Quadratmeter, dazu kommt ein kleiner Anbau mit heizbarem Ankleide- und Sitzungszimmer. Die Höhe der Halle mißt im Lichten fünf Meter. Die Fachwerkwände ruhen auf einem Betonsokkel und erhalten außen eine gehobelte Bretterverkleidung. Das mit Ruberoid gedeckte Flachdach ruht auf freitragenden Holzbindern. Die Lohbahn — mit 32 Quadratmeter Bodenfläche — ist so angelegt, daß sie bei Festlichkeiten bequem mit einer Bühne überbaut werden kann. Der Turnverein Höfen ist zu beglückwünschen, daß er mit verhältnismäßig niedrigem Kostenaufwand — etwa 5000 Mark — in der Lage ist, den Bau auszuführen. Er hat diesen Erfolg in erster Linie sich selbst zu danken unter der zehnjährigen Führung von Vorstand Karl Reuweiler, dem besondere Anerkennung gebührt, und vor allem auch der freudigen Mitarbeit aller Mitglieder. Sind doch bis jetzt schon über tausend freiwillige Arbeitsstunden geleistet worden, weitere 1000 bis 1500 stehen noch aus. Wenn die neue Turnhalle in vier bis sechs Wochen vollendet ist, wird der schlichte Zweckbau unter uns stehen als ein Denkmal selbstloser, in Deutschlands schwerster Zeit geleisteter Gemeinschaftsarbeit.

**Troßingen, 6. Juni.** (Der galante Schaffner.) Der Himmel hatte seine Schleusen geöffnet, als letzten Freitagvormittag die Troßinger Elektrische nach dem Hauptbahnhof fuhr. Die wenigen Fahrgäste getrauten sich nicht aus dem Wagen heraus, weil es immer noch in Strömen regnete. Der Schaffner aber erkannte die Situation, lief schnell zum Fahrdienstleiter, pumpte sich von ihm einen Schirm und geleitete die schirmlosen Fahrgäste — einen nach dem andern — ins Trockene. Man bedankte sich für



die Höflichkeit und Menschenfreundlichkeit des Trossinger Schaffners und gab ihm zu verstehen, daß es auch noch hübschere Beamte gäbe, worauf er prompt erwiderte: „Dees wär no schön, wenn sie alle Klöbe wär“.

**Rottweil, 7. Juni.** (Abgestürzt.) Der 25 Jahre alte Eugen Ullmann, Glaser von hier, stürzte vorgestern im Schlichemtal in der Nähe des Buischhofes von einem hohen Felsen. Er erlitt hierbei schwere Verletzungen. Die herbeigerufene Sanitätskolonne Rottweil brachte den Verunglückten ins Bezirkskrankenhaus Rottweil. Sein Befinden ist vorerst befriedigend.

**Ruchen Oß. Geislingen, 7. Juni.** (Tödlicher Unfall.) Abends ereignete sich kurz vor dem Bahnhof Ruchen ein tödlicher Unfall, bei dem der bei Gleisarbeiten beschäftigte verheiratete 35 Jahre alte Karl Lipp von Ruchen ums Leben kam. Lipp, der sich an einer dort aufgestellten Betoniermaschine zu schaffen machte, büdete sich in dem Augenblick, als ein Zug abwärts kam. Er wurde von diesem erfaßt, zur Seite geschleudert und so schwer verletzt, daß er gleich darauf verschied.

**Tailfingen, 7. Juni.** (Freiw. Arbeitsdienst.) Die Amtsverammlung genehmigte die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Zunächst soll die Straße Stodenhausen-Zillhausen verbessert werden.

**Bonlanden Oß. Stuttgart, 7. Juni.** (Gemeinde stellt die Zahlungen ein.) Am Samstag wurde vom Gemeinderat mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, daß die Gemeinde ab 6. Juni ihre Zahlungen einstellt. Die Wohlfahrtserwerbslosen sollen diese Woche noch beschäftigt werden, soweit die Finanzlage es erlaubt. Bonlanden hat schon seit Monaten dauernd 40 bis 50 Wohlfahrtserwerbslose zu beschäftigen.

**Ribegg Oß. Biberach, 7. Juni.** (Explosion.) Der 17 Jahre alte Sohn des hiesigen Oberlehrers, der als Kaufmannslehrling in Biberach tätig ist, beschäftigte sich außerhalb der Stadt Biberach mit chemischen Versuchen. In einer Flasche brachte er chlorsaures Kalz und Schwefel zusammen. Es scheint, daß noch ein Bestandteil dazu kam, so daß die Flasche plötzlich unter ungeheurem Knall explodierte und ihm die rechte Hand vollständig wegriß. Auch die rechte Gesichtshälfte wurde schwer verletzt.

**Ruchen Oß. Geislingen, 7. Juni.** (Aus dem fahrenden Schnellzug gefallen.) Bei dem Frühjahrsflug fiel in Höhe von der Fabrik Ruchen ein Reisender aus München, der von der Pfalz kam, aus dem fahrenden Schnellzug. Anscheinend hat der schlaftrunkene Reisende, der zur Toilette wollte, die falsche Türe erwischt und stürzte auf den Bahnkörper. Glücklicherweise war die Zuggeschwindigkeit nicht sehr schnell, so daß der Mann mit einer Verletzung am Kopf und an den Füßen davonkam.

**Aus Baden**

**Vörsach, 7. Juni.** (Ein Streik der Fortbildungsschüler.) Die beiden Klassen des dritten Jahrgangs der Fortbildungsschule in Vörsach-Stetten sind in den Schülerstreik getreten, haben Streikleitenden gewählt und Streikparolen ausgegeben. Sie wollen damit gegen die angeblich ungeduldeten Behandlung durch einen Lehrer protestieren. In den unter kommunistischem Einfluß gestandenen Entschuldigungen wird u. a. gefordert: Aufhebung der Prügel- und Arreststrafen, Abschaffung des Religionsunterrichtes, Mitbestimmungsrecht der Schüler und anderes mehr. Zum Schluß heißt es: „Wir sind gewillt, im Kampf auszuharren, bis die Schuldirektion unsere Forderungen erfüllt hat.“

**Schapbach i. R., 7. Juni.** (Tödlicher Sturz.) Aus dem nachts der 77-jährige Tagelöhner Markus Haue r von hier von der Höhe ab und fiel oberhalb des Dorfes an einer abschüssigen Stelle in das 200... Der Bauernswerte hinterläßt eine Familie mit sechs Kindern, von denen noch drei unmündig sind.

**Helmstadt, 7. Juni.** (Während des Schulausfluges vom Tode ereilt.) Die oberen Klassen der hiesigen Volksschule unternahm einen Schulausflug nach dem Hornberg. Auf dem Wege dorthin, im Wald bei Bannpach, wurde der zwölfjährige Schüler Friedrich Bannpach von einem Herzschlag betroffen, der den sofortigen Tod des Jungen zur Folge hatte.

**Odenheim bei B., 7. Juni.** (Im Gemminger Steinbruch fand man die 17-jährige Tochter einer Odenheimer Familie blutend.) Das Mädchen, das sich auf dem Wege nach Gemmingen befand, wurde von unbekannter Ursache 20 Meter hoch an... Es wurde mit einem schweren Schädelbruch und lebensgefährlichen Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt.

**Ettingen, 6. Juni.** (Ein tantes Bad.) Beim Sägewerk Renchler fuhr ein Personenzug... der Fahrer und seine Kl... da der Lenker zu viel Gas gab... Das tantes Bad nehmen, Dame mußten zu früher Morgenstunde ein... nicht zu erzählten, mußten die Insassen den Wagen durch das... Kraftwagen dann aus der Alb zogen.

**Altschweier bei Bühl, 6. Juni.** (Die Erdbeeren sind... der Verzögerung durch das kalte Frühjahr so weit vorgeschritten, daß am Samstag der in ganz Deutschland bekannte Erdbeermarkt eröffnet wurde. Die Erdbeeren kosteten eine Mark des Pfund. Da die Ernteausichten gut sind, so ist bald ein erhebliches Sinken der Preise zu erwarten.

**Württemberg**

**Führertagung der Deutschnationalen**

**Stuttgart, 7. Juni.** Am letzten Samstag hielten die Deutschnationalen Württembergs in Stuttgart eine sehr stark besuchte Führertagung ab. Nach Eröffnung durch den Landesvorsitzenden, Reichsrat H... gab der Vizepräsident des Reichstages, Abg. G... die Stellungnahme der Deutschnationalen zu den neuesten politischen Fragen bekannt. Eugenberg, der vortreffliche Führer der Deutschnationalen, sei ein wahrer Führer, denn er habe die kommenden Dinge stets richtig vorausgesehen und auch durch eine Reihe praktischer Vorschläge gezeigt, wie man die Not des deutschen Volkes wenden könne. Bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichstag wird die Deutschnationale Volkspartei den Wahlsieg mit aller Energie und größter Schärfe führen, in jenem Kampfe, aus dem heraus die Partei ein

gegründet worden ist. Anschließend schilderte Landtagsabg. Dr. Schott eingehend die Versuche, die unternommen wurden, um auch in Württemberg eine neue Regierung zu bilden. Diese Versuche hätten bis jetzt zu keinem Erfolg geführt und deshalb amte die alte Regierung vorläufig als Geschäftsministerium weiter. Bedauerlich seien die von den Nationalsozialisten anlässlich des Scheiterns der Regierungsverhandlungen aufgestellten falschen Behauptungen, denn die Deutschnationalen hätten den Nationalsozialisten stets das Staatspräsidium und das Innenministerium zugebilligt. Dann berichtete Reichstagsabg. Dr. Wiber über die in Berlin abgehaltene Sitzung der Reichstagsfraktion. In der Aussprache, an der sich auch Finanzminister Dr. Dehlinger beteiligte, kam allgemein zum Ausdruck, daß die Deutschnationale Volkspartei eine möglichst große Mandatszahl erreichen muß, wenn nicht die Führung des Reiches ausschließlich an Zentrum und Nationalsozialisten fallen soll. Bei der Aussprache über die Landesfragen wurde übereinstimmend bedauert, daß die beiden größten Landtagsfraktionen, die der Nationalsozialisten und des Zentrums, sich ihrer Pflicht der verantwortlichen Zusammenarbeit entzogen hätten. Die Deutschnationalen würden in ihren Bemühungen nicht nachlassen, geordnete Regierungsverhältnisse auch in Württemberg herbeizuführen. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, der mit Freude den starken Kampfwillen aller Führer im Lande feststellte, wurde die Tagung am späten Abend geschlossen.

**Weg mit dem Schlachtsteuer-Projekt!**

**Stuttgart, 7. Juni.** Die Landw. Korrespondenz des Landw. Hauptverbandes schreibt: Nicht nur in Preußen, sondern auch bei uns in Württemberg will das Gerücht nicht verstummen, daß die Einführung der Schlachtsteuer nicht zu umgehen sei. Wenn ernstlich die Absicht bestehen sollte, diese Steuer hier wie dort einzuführen, so könnte man das nur als eine Bankrotterklärung der unabhängigen Stellen gegenüber der Aufgabe betrachten. Die schwierige wirtschaftliche Krisenlage irgendwie zu meistern, die ohnehin überdrehte Steuerschraube könnte hier vielleicht noch einmal für kurze Zeit einige Einnahmen aus der Wirtschaft herauspressen, die letzte, auch für die Erhaltung der Steuer entscheidende Wirkung müßte aber eine weitere Schrumpfung der Steuerkraft der betroffenen Bevölkerungsschichten sein. Der Deutsche Landwirtschaftsrat, der gegen die Einführung der Schlachtsteuer in Preußen kürzlich Protest erhebt, erklärt u. a., daß nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch der Handel und die Vieh- und Fleischerarbeitenden Gewerbe und Industrien wie mit einer Stimme eine neue steuerliche Belastung als untragbar ablehnen und daß die Erfahrungen, die Bayern und Sachsen mit der Steuer gemacht haben, die schweren Bedenken, die gegen die Steuer bestehen, keineswegs abschwächen. Dabei ist nach dem Institut für Konjunkturforschung der Index für Schlachtvieh weiterhin und zwar auf 59,9 abgesunken. Bei diesem katastrophalen Preisstand mit einer neuen Steuer den Abfall weiter zu erschweren, hieße in der Tat die Katastrophe zum Prinzip erheben. Ist die Einführung der Schlachtsteuer schon für Preußen untragbar, so sollte sie für Württemberg mit seiner stark auf Viehzucht eingestellten Bauernwirtschaft eine glatte Unmöglichkeit sein.

**Das preisgekrönte Turnfestplakat eine Nachahmung**

**Stuttgart, 7. Juni.** Vor einigen Wochen wurde von einem Preisgericht der beste Plakatentwurf für das Deutsche Turnfest 1933 in Stuttgart preisgekrönt. Zwei Schüler der Kunstgewerbeschule gingen aus dem Wettbewerb, den der Turnfestauschuß ausgeschrieben hatte, als Sieger hervor. Als die Entwürfe des Wettbewerbs in einer öffentlichen Ausstellung gezeigt wurden, fiel verschied. Graphikern eine gewisse Uebereinstimmung des... zur Ausführung bestimmten ersten Preles mit einem in der Zeitschrift „Die Gebrauchsgraphik“ veröffentlichten Plakamentwurf auf. Als man den Fall weiter verfolgte, stellte es sich heraus, daß die beiden Preisträger ihren Entwurf von dem Pariser Graphiker A. M. Kossandre übernommen hatten, von dem im September 1931 der „Gebrauchsgraphik“ eine Werbekampagne im Bild wiedergegeben war. Der Bund deutscher Gebrauchsgraphiker, Landesverband Württemberg, erhob nun gegen die Entscheidung des Preisgerichts, in dem an Künstlern Professor Pantof, Professor Schneider, Professor Dr. Hans Hildebrand und der Graphiker Ehrhart vertreten waren, Einspruch. Der erste Preis wurde zurückgezogen.

**Gegen Natur- und Wildfrevel**

Trotz zahlreicher Veröffentlichungen in der Tages- und Fachpresse wird teils aus Unkenntnis, teils aus Unaufrichtigkeit, vielfach aber leider auch mit Absicht immer wieder Natur- und Wildfrevel begangen. Das Ausnehmen von Gelegen jagdbarer und nicht jagdbarer Vögel, vor allem von Fasanen und Rebhühnern, das Verühren oder gar Mitnehmen von Rehtigen und Jungtauben kommt immer noch vor und verursacht schweren volkswirtschaftlichen Schaden. Vielfach wird dabei, wenn es sich um Rehtige handelt, angenommen, daß diese, wenn die Rinde nicht zugegen ist, dem Verhungern preisgegeben sind. Dies ist falsch! Gerade in den ersten Wochen nach der Seigzeit läßt die Rinde das Rih bei Annäherung von Menschen ruhig in der Weide sitzen, da ihr das Reine, noch unbeholfene Geschöpf nicht schnell genug folgen kann. Sobald aber keine Gefahr mehr besteht, nimmt die Rinde das Rih sofort wieder an... mag es in Sicherheit. Ebenso verfährt Rotwild. Deshalb dürfen aufgedene Rih nicht gefangen werden. Wer es doch tut, verstößt gegen die Jagdgesetze und setzt sich der Bestrafung aus.

Besonders beim Mähen werden zahlreiche Gelege zerstört, und große Mengen an Jungwild werden vernichtet. Es kann deshalb nicht ernstlich genug darauf verwiesen werden, dem Jungwild die erstwiderliche Schonung angedeihen zu lassen. Das ist nicht nur Aufgabe der Revierinhaber, sondern überhaupt aller verständigen Menschen, die die Natur erhalten wissen wollen und deshalb ihre Aufmerksamkeit solchen Elementen zuwenden mögen, die absichtlich Schaden anrichten. Was nützt es, wenn der Landwirt ein Gelege schon und es beim Mähen umgeht, wenn es tags darauf von Frevlerhand zerstört und beraubt wird! Was nützt es, wenn mit vollem Recht wilde Hunde und Katzen ferngehalten werden, aber Bubensünde das hilflose Jungwild aufnehmen, um es in der Gefangenschaft zugrunde gehen zu lassen! Die Verödung der Natur ist wahr-

lich schon weit genug fortgeschritten, als daß nicht jeder, der Freude hat am freilebenden Tier, Anspruch darauf erheben kann, daß solchem Treiben Einhalt geboten wird.

An alle Natur- und Heimatfreunde ergeht daher die Bitte, bei Spaziergängen, Wanderungen und allen sonstigen Gelegenheiten ihr Augenmerk auf jeden derartigen Natur- und Wildfrevel zu richten und ertappte Täter rücksichtslos und sofort zur Anzeige zu bringen, insbesondere auch solche, die Hunde außerhalb der öffentlichen Wege frei umherlaufen lassen. Gern wird sich der Revierinhaber, der solchermassen Unterstützung findet, erkenntlich zeigen. Und überall im Lande gibt es Landes- und Bezirksvereine des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins, die bereit sind, für solche Anzeigen, die zur Befrafung der Täter führen, Belohnungen zu zahlen.

**Kleine Nachrichten aus aller Welt**

**Eine böse Wirkung.** Während der Wahlzeit hatte der Landwirt Köppl von Herrntried bei Regensburg fast alle politischen Versammlungen besucht. Er wurde durch die Gegenseite der einzelnen Parteien so verwirrt, daß er in eine Heilanstalt bei Regensburg gebracht werden mußte, wo der Bedauernswerte jetzt gestorben ist.

**Unfall im Reichswirtschaftsministerium.** Ein Ministerialamtmanu stürzte aus dem vierten Stock des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin auf den Hof und blieb tot liegen. Der Ministerialamtmanu war kurz nach seinem Dienstantritt von einem Unwohlsein befallen worden; er war ans offene Fenster getreten, um frische Luft zu schöpfen. Dabei erlitt er einen Herzschlag, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

**Autounfall des Prinzen Karl von Löwenstein.** Der auf einer Probefahrt befindliche Personenzug des Prinzen Karl von Löwenstein überschlug sich Sonntag nachmittags hinter dem Dorfe Lindenhöfchen und stieg in den Strohhengraben. Während der Prinz Rippenbrüche und andere leichtere Verletzungen davontrug, war der Fahrer sofort tot.

**Flugzeugabsturz — 4 Tote.** In Voignon ist ein mit vier Personen besetztes Flugzeug bei der Landung auf dem Flugplatz aus geringer Höhe abgestürzt. Sämtliche vier Insassen kamen ums Leben. Es handelte sich um ein Flugzeug, das zwei Kommissare und ein Journalist benutzt hatten, die den Frankreichflug der französischen Touristenflugzeuge verfolgten.

**Der Ozeanflieger Hausner verfehlt.** Von dem amerikanischen Ozeanflieger Hausner, der am Freitagmorgen aus New York zum Ozeanflug nach Warkchau gestartet war, fehlt bisher jede Nachricht. Da Hausner schon am Sonntag in Warkchau erwartet wurde, ist er so gut wie sicher verunglückt.

**Schiffsunfall an der Küste von Kamtschatka.** Vor der Ostküste von Kamtschatka ist ein japanischer Dampfer im Nebel auf Grund gelaufen. Die Funanlage des Schiffes meldete, daß die Besatzung den Dampfer verlassen werde. Da man seither keine Nachricht mehr erhalten hat, ist man über das Schicksal der 340 an Bord befindlichen Personen sehr besorgt.

**Der Eutiner Muttermörder festgenommen.** Der Eutiner Muttermörder Ludwig Schöb ist in Berlin festgenommen worden. Schöb hatte sich in die Wohnung des Justizrats Dr. Gutmann begeben und ließ sich widerstandslos festnehmen.

**Hotelbrand in Cleveland.** In einem eleganten Hotel brach ein Brand aus. Als die Feuerwehr eintraf, fand sie mehrere Personen vor, die sich mit den Händen an den Fensterrahmen festgeklammert hatten. Bisher wurden vier Tote geborgen, 14 Personen waren verletzt.

**Aus dem Gerichtssaal**

**Zuchthaus für einen Fallmünzer**

**Stuttgart, 7. Juni.** Der 25 Jahre alte ledige Obsthändler Albert Braun von Cannstatt stand wegen eines Verbrechens der Fallmünzerei und fortgesetztem gemeinschaftlichem Betrug im Rückfall vor dem erweiterten Schöffengericht Cannstatt. Wegen eines Verbrechens des Inverkehrbringens von Fallgeld mitangeklagt war der 42 Jahre alte Mechaniker und Fahrradhandwerker Wilhelm Haas von Cannstatt. Braun ist schon zweimal wegen Fallmünzerei verurteilt. Nach Verbüßung von vier Monaten seiner letzten einjährigen Gefängnisstrafe bekam er am 21. März d. J. Strafurlaub bis zum 9. Mai. Er verbrachte diese Zeit dazu, in dem Gartenhäuschen seines Backgrundstückes in Cannstatt, wie die Anklage annahm, etwa 35 falsche Fünfmarkstücke herzustellen. Braun und Haas führten dann am 20. April auf dem Motorrad des Haas nach Gmünd. Sowohl in Gmünd wie auf der Rückfahrt in Vorch und Blüderhausen brachte Haas durch kleine Einkäufe von Zigaretten und Taschenlampenbatterien mindestens sechs Fallstücke in den Verkehr. Bei der Festnahme zwischen Blüderhausen und Vorch konnten den beiden noch 14 Fallstücke abgenommen werden. Der Angeklagte Braun bestritt, das Fallgeld selbst hergestellt zu haben. Er behauptete, es in seinem Gartenhaus in einer Kiste gefunden zu haben, wo es der Hersteller, ein gewisser Witt, aufbewahrt haben sollte. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben aber, daß dieser Witt überhaupt nicht existiert. Auch die zahllosen übrigen Verbringungen des Angeklagten Braun erwießen sich als Märchen. Das Urteil des Schöffengerichts lautete gegen Braun auf zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust, gegen Haas auf vier Monate Gefängnis.

**Rundfunk**

**Donnerstag, 9. Juni:** 8 Uhr Gomnastik, von 10 bis 12.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Spanischer Sprachunterricht, 15 Uhr Englischer Sprachunterricht, 15.30 Uhr Stunde der Jugend, 16 Uhr Konzerte, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr Zeit, Wetter, 18.25 Uhr Vortrag: Sind Spinnen giftig? 18.50 Uhr Vortrag: allerlei über Rundfunkfragen, 19.10 Uhr Zeit, Landwirtschaft, Nachrichten, 19.30 Uhr Schallplatten, 20.30 Uhr Zwei Hörspiele, 21.30 Uhr Neue Musik: Österreichische Kompositionen, 22.30 Uhr Zeit, 22.45 Uhr Nachtmusik

### Handel und Verkehr

**Wirtschaft**  
 Indexziffer der Großhandelspreise. Die vom Statistischen Reichsamt für den Monatsdurchschnitt Mai berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 97,2 gegenüber dem Vormonat um 1,2 u. D. gefallen. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 93,4 (minus 1,4 u. D.), Kolonialwaren 83,9 (minus 1,1 u. D.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 87,9 (minus 1,5 u. D.) und industrielle Fertigwaren 118,8 (minus 0,8 u. D.).

**Württembergische Kinder auf der DVG-Ausstellung in Mannheim**

Auf der Kinderausstellung der DVG war Württemberg vertreten durch den Verband oberwälder Fleckviehzüchtervereine (VfV) mit 29 Tieren, den fränkisch-hohenloherischen Fleckviehzüchterverband (VfV) mit 16 Tieren und den Braunviehzüchterverband (VfV) mit 6 Tieren. Mit 165 Stück war das Fleckvieh unter den verschiedenen Rinderrassen auf der diesjährigen Ausstellung führend. Professor Dr. Kronacher-Berlin, der in der Rinderzucht der DVG über die Ausstellung der Hohenloher Bericht erstattete, erklärte, daß das Fleckvieh der Rannheimer Ausstellung das Beste sei, was man bisher auf einer DVG-Ausstellung an Fleckvieh zu sehen bekommen habe. „Granten-Hohenlohe, das durch seine ausgezeichneten, rumpfigen, dabei schneitigen Bullen auffiel, hat außerdem eine Reihe von Kühen mit guten Milchseihen. Oberschwaben hat mit seinen tiefen, festgeschlossenen Kühen keine Leistungen in Stuttgart noch weit übertroffen. Seine Sammlung stellt trotz des Glanzpunkts der Ausstellung hinsichtlich Zuchtform und Einheitslichkeit dar.“ Dieses Urteil fand seine Bestätigung auch in der Zuerkennung der Preise und Anerkennungen. Es erhielt der oberwälder Fleckviehzüchterverband 25 Einzelpreise, 3 Anerkennungen, 2 Ehrenpreise, 9 Leistungspreise und 3 Leistungsanerkennungen, der fränk.-hohenloherische Verband 14 Einzelpreise, 2 Anerkennungen, 7 Ehrenpreise, 1 Leistungspreis und 1 Leistungsanerkennung. Außerdem erhielt der oberwälder Fleckviehzüchterverband 3 Erste und einen Dritten Familienpreis, 3 Erste Preise für Einzelschülerleistungen nebst dem Ehrenpreis des bad. Staatsministeriums, 1 Ersten, Zweiten und Dritten Preis für Genossenschaftsammlungen nebst dem Ehrenpreis der Zentralstelle für die Landwirtschaft sowie 1 Ersten Preis für seine Verbandsammlung nebst dem Ehrenpreis des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und dem Ehrenpreis des bad. Ministeriums des Innern, der fränk.-hohenloherische Verband einen 2. Preis für eine Genossenschaftsammlung und einen 1. Preis für seine Verbandsammlung, beide Verbände zusammen einen 1. Preis für ihre Sammlung nebst dem Ehrenpreis des bad. Ministeriums des Innern sowie den Max-Eyth-Preis, die höchste Auszeichnung die die DVG zu vergeben hat. Der Braunviehzüchterverband erhielt 6 Einzelpreise mit dem Ehrenpreis der Zentralstelle für die Landwirtschaft und einen 1. Preis für seine Verbandsammlung.

**Metzpreise**  
 Berliner Produktenbörse vom 7. Juni. Weizen milt. 261 bis 263, Roggen milt. 195-197, Ruffenroggen 193, Futter- und Industrieernte 172-178, Dater milt. 162-165, Weizenmehl 32 bis 35,75, Roggenmehl 25,75-27,75, Weizenkleie 10,60-11,10, Roggenkleie 9,50-10,30, Viktoriaerbsen 17-23, kleine Sojabohnen 21-24, Futtererbsen 15-17 RM.

**Wärthe**  
 Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 7. Juni.  
 Zucht: 25 Ochsen, 35 Bullen, 203 Jungbullen, 362 Rinder, 238 Kühe, 1534 Kälber, 225 Schweine, 1 Biene. Unerkauft: 5 Jungbullen, 1 Jungkuh, 2 Schweine.  
 Ochsen: ausgem. 32-34 (uno.), vollfl. 25-28 (uno.), fl. 23 bis 24 (22-24).  
 Bullen: ausgem. 26-27 (25-27), vollfl. 23-24 (uno.), fl. 21-22 (21-23).  
 Jungbullen: ausgem. 35-37 (uno.), vollfl. 28-32 (28 bis 32), fl. 24-27.  
 Kühe: ausgem. 22-27 (uno.), vollfl. 18-21 (17-21), fl. 12-15 (uno.), ger. 9-11 (8-11).  
 Kälber: feinste Rast- und beste Saual. 37-42 (uno.), mittl. 31-36 (32-36), ger. 25-29 (28-31).  
 Schweine: über 300 Pfd. 38-39 (uno.), von 240-300 Pfd. 38-40 (uno.), von 200-240 Pfd. 39-40 (uno.), von 160-200 Pfd. 38-39 (uno.), von 120-160 und unter 120 Pfd. 36-37 (uno.), Sauen 25-32 (28-31). Verkauf: Großvieh mäßig beib; Kälber rubig; Schweine mäßig.

**Freiburger Schlachtviehmarkt vom 6. Juni.** Zufuhr: 7 Ochsen, 22 Rinder, 9 Färren, 7 Kühe, 240 Kälber, 420 Schweine, 10 Schafe. Preise: Ochsen und Rinder 23-34, Färren 20-25, Kühe 12-20, Kälber 32-44, Schweine 34-42, Schafe 26-34. Tendenz: Großvieh bei geringem Auftrieb lebhaft, Kälber und Schweine bei gutem Auftrieb langsam. Ueberflände bei Großvieh und Schweinen.

**Spitzenmer Viehmarkt vom 7. Juni.** Zufuhr 102 Pferde, darunter 2 Hoblen. Leichte Pferde erzielten 100-400 mittlere 450-750, schwere Arbeitspferde 800-1200 RM.

**Offenhäuser M. Männingen, 7. Juni.** (Werdepferde.) Bei einer vom Landeshut abgehaltenen Versteigerung brachten Zuschütten Erlöse bis zu 1200 RM. Wallache 800-900 RM.

**Calw, 7. Juni.** Auf dem Wochenmarkt waren neue Kartoffeln in Büscheln zu 15-20  $\frac{1}{2}$  zu haben, Landbutter kostete nur 1,20  $\frac{1}{2}$  das Pfund. Für Landeier wurden anfangs 8 und 7  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  für das Stück verlangt; sie wurden aber später zu 7  $\frac{1}{2}$  abgegeben.

**Better für Donnerstag**  
 Westlicher Hochdruck macht sich allmählich geltend, sodaß für Donnerstag und Freitag mehrfach aufheiterndes und in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten ist.

### Letzte Nachrichten

**Vertrauensvotum der Kammer für Herriot**  
 Paris, 7. Juni. Die Kammer hat mit 390 gegen 152 Stimmen durch Annahme der von den Sozialisten und Radikalen vorgelegenen Entschließung dem Kabinett Herriot das Vertrauen ausgesprochen.

**Herriot reist nach Genf**  
 Paris, 7. Juni. Wie Havas aus Genf berichtet, wird Ministerpräsident Herriot am Montagvormittag in Genf erwartet, wo er hauptsächlich mit den Finanzfachverständigen und Außenministern, die in Genf anwesend sein werden, Verhandlungen aufzunehmen gedenkt, die sich auf das Programm der Lausanner Konferenz wie auf die Abfertigungskonferenz beziehen sollen.

**Oesterreich will Beschäftigtensteuer einführen**  
 Wien, 7. Juni. Das Finanzministerium wird morgen einen Vorschlag über das Nachtragsbudget vorlegen. Das Finanzministerium ist der Ansicht, das Defizit bei den Arbeitslosen- und Kostenausunterstützungen am besten durch eine Beschäftigtensteuer zu beseitigen.

**Autobusunglück bei Prag**  
 Prag, 7. Juni. Ein aus Selz kommender Autobus stieß mit einem Lastkraftwagen zusammen. Der vollbesetzte Autobus überschlug sich und stürzte in den Straßengraben. 29 Personen wurden verletzt, darunter sechs schwer.

**Der Hotelbrand in Cleveland - Aht Tote**  
 Cleveland, 7. Juni. Nach den neuesten Meldungen hat sich die Zahl der bei dem Hotelbrand ums Leben gekommenen Personen von vier auf acht erhöht. Mehrere Personen werden noch vermisst. Bisher ist es nicht gelungen, die Toten zu identifizieren.

**Sechs Personen erstickt**  
 Bagdad, 7. Juni. Bei dem Brande eines Hauses kamen hier heute eine Mutter und ihre fünf Töchter im Alter von drei bis zwölf Jahren durch Erstickens ums Leben. Sie hatten sich in den Keller des Hauses geflüchtet. Dem erblindeten Vater gelang es, sich zu retten.

**Bestorben**  
 Nagold: Barbara Holzäpfel, Bäckerin, 69 Jahre alt.  
 Nagold: Jakob Lörcher.

Für die Schilfstellung verantwortlich: Ludwig Voll.  
 Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

### Amtliche Bekanntmachungen

Auf Antrag des Gemeindeflegers Kentschler in Ueberberg ist die Handhabung der Jagdpolizei innerhalb des Jagdbezirks der Gemeinde Ueberberg auf Markung Beuren an seinen Sohn

**Jakob Kentschler, Landwirt in Ueberberg**  
 gem. § 2 der Min.-Verf. vom 17. Februar 1882 (Reg. Bl. S. 76) in stets widerruflicher Weise übertragen worden.  
 Nagold, den 7. Juni 1932.  
 Oberamt: Baitinger:

### Einladung.

Morgen Donnerstag und Freitag, den 9. und 10. Juni findet ein großer

**Sonderverkauf in Damenmäntel**  
 zu besonders niederen Preisen statt. Ein Besuch lohnt sich. Verkauf im Gasthof „Baldhorn“ in Altensteig. Nebenzimmer separater Eingang.

**G. Müller, Stuttgart-Göppingen**  
 geb. Altensteiger.

**Den titl. Aemtern**  
 geben wir davon Kenntnis, daß wir ab 1. Juni ds. Jo. eine

**Vertretung**  
 des Formular-Verlags W. Kohlhammer Stuttgart  
 übernommen haben und in der Lage sind, sämtliche Formulare und Bücher dieses Verlags aufs raschste und ohne jeden Preisausschlag zu liefern.  
 Wir empfehlen uns zur Lieferung der Formulare des obigen bestbewährten Formularverlags und bitten Bestellungen bei uns zu machen.

**W. Rieker'sche Buchdruckerei**  
 Altensteig, Telefon Nr. 11  
 Nagold, Telefon 32

Kommenden Samstag, 11. Juni, nachm. 3, 5 und 1/2 9 Uhr findet nun bestimmt die Vorführung der

**Kulturfilme:** „Frohe Menschen“, „Kunstturnen“, „Es wächst ein Geschlecht“ im „Grünen Baum“ statt. Turnverein Altensteig.

**WER PFENNIGE SAT ERNET TALER SPARE**

bei der

**Städt. Sparkasse Altensteig.**

**Kaufen Sie Schlenker's Hähneraugen-Pulver**  
 Für unfehlbare Dorntötung wird garantiert!  
 Zu haben in den Schuhhandlungen Altensteig.

Altensteig

**Schweizerstumpfen**  
 bekannteste Qualitäts-Marken: in rund und gepreßt  
 Banderole 10  $\frac{1}{2}$

**Neu! Burger Kalif Neu!**  
 5 Stück Packung 20  $\frac{1}{2}$  im Groß- und Kleinerkauf bei

**Ehr. Burghard jr.**  
 Althalden.  
 Suche einen

**Knecht**  
 für Landwirtschaft bei sofortigem Eintritt

**Adam Grohans**  
 (Peter Sohn).

Auftragsw. verkaufe ca. 300 Morgen

**Wald,**  
 ferner ein ca. 390 Morgen großes, sehr schönes

**Hofgut**  
 mit sehr schönen Gebäuden, sowie noch diverse kleinere landw. Anwesen.

**Albert Preshburger**  
 Immob. u. Hyp.  
 Horb. a. N., Tel. 238.

**Zahlungsbefehle**  
 sind zu haben in der Buchhandlung Lant, Altensteig und Nagold.

Platzgrafenweller.

**Todes-Anzeige.**

Tieferschüttert geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die überaus schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser guter Vater und Großvater

**Georg Schlee**  
 uns durch einen Unglücksfall im Alter von 67 Jahren jah entrissen wurde.

Um stille Teilnahme bitten  
 die Gattin Friederike Schlee  
 geb. Ziegler und Kinder.

Beerdigung am Donnerstag, den 9. Juni 1932 um 1/2 2 Uhr.

Simmersfeld.

**Danksagung.**

Für die herzliche Anteilnahme beim Heimgang meines lieben Gatten und Vaters

**Michael Wurster**  
 sprechen wir unsern innigsten Dank aus. Besonders danken wir für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, die tröstenden Worte, sowie für die Ehrung seitens des Kriegervereins und den erhebenden Gesang des Kirchenchors.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Die Gattin mit Kindern.**